

Stadt Erlensee

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung	Drucksache	45 / LP 26-31 STVV
---	------------	-------------------------------

Az.: 0/FB 0	Erlensee, den 12.06.2026
Fb.: BGM	

Betr.:	Resolution zum Erhalt des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Bruchköbel; hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 09.06.2026
--------	---

Anlagen

Beratungsfolge	Termin	
Stadtverordnetenversammlung vom	25.06.2026	17. Punkt der Tagesordnung

Produkt:	
Planansatz Haushaltsjahr inkl. Haushaltsreste:	€
bisher verausgabt und verfügt:	€
finanzielle Auswirkung der Vorlage:	€
anschließend noch verfügbar:	€

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung Erlensee fordert die Kassenärztliche Vereinigung Hessen auf, den Standort des Ärztlichen Bereitschaftsdienst in Bruchköbel dauerhaft zu erhalten und von einer Schließung oder Zentralisierung abzusehen.

Die Stadtverordnetenversammlung Erlensee bittet daher den Magistrat, diese Resolution an die Kassenärztliche Vereinigung Hessen, den Main-Kinzig-Kreis, die zuständigen Landesbehörden sowie die örtlichen Landtags- und Bundestagsabgeordneten weiterzuleiten.

Begründung:

Der Ärztliche Bereitschaftsdienst in Bruchköbel stellt einen unverzichtbaren Bestandteil der wohnortnahen medizinischen Versorgung dar. Er wird nicht nur von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Bruchköbel, sondern auch von zahlreichen Menschen aus Erlensee sowie weiteren umliegenden Kommunen des Main-Kinzig-Kreises genutzt.

Eine Verlagerung des Standortes nach Hanau hätte für viele Patientinnen und Patienten längere Anfahrtswege, eine erschwerte Erreichbarkeit medizinischer Hilfe außerhalb der regulären Praxisöffnungszeiten sowie zusätzliche Belastungen durch längere Wartezeiten zur Folge. Besonders betroffen wären ältere Menschen, Familien mit Kindern, chronisch erkrankte Personen sowie Menschen mit eingeschränkter Mobilität.

Der Wegfall des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Bruchköbel würde einen erheblichen Einschnitt in die wohnortnahe Gesundheitsversorgung der Region bedeuten und die medizinische Infrastruktur im östlichen Ballungsraum des Main-Kinzig-Kreises nachhaltig schwächen.

Darüber hinaus leistet der Ärztliche Bereitschaftsdienst einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Notaufnahmen in den Krankenhäusern. Er gewährleistet, dass Patientinnen und Patienten mit nicht lebensbedrohlichen Beschwerden eine angemessene medizinische Versorgung erhalten und Notaufnahmen für akute Notfälle verfügbar bleiben. Damit erfüllt der Bereitschaftsdienst eine zentrale Funktion im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Stadtverordnetenversammlung Erlensee fordert die Kassenärztliche Vereinigung Hessen daher auf, die Auswirkungen einer möglichen Schließung des Standortes transparent offenzulegen, die betroffenen Kommunen sowie den Main-Kinzig-Kreis frühzeitig und umfassend in sämtliche Planungen einzubeziehen sowie gemeinsam tragfähige Lösungen für eine weiterhin wohnortnahe Bereitschaftsversorgung zu entwickeln.

Ergänzende Versorgungsmodelle wie telemedizinische Leistungen, mobile Versorgungsmodelle oder Kooperationen mit anderen Einrichtungen können hierbei unterstützend wirken. Sie dürfen jedoch nicht als Ersatz für eine dauerhafte erreichbare, wohnortnahe Anlaufstelle verstanden werden.

Die Stadtverordnetenversammlung Erlensee bittet den Magistrat, diese Resolution an die Kassenärztliche Vereinigung Hessen, den Main-Kinzig-Kreis, die zuständigen Landesbehörden sowie die örtlichen Landtags- und Bundestagsabgeordneten weiterzuleiten.